

Bernd Greiner: Krisen im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick | Jeremi Suri: Logiken der atomaren Abschreckung oder Politik mit der Bombe | Michael F. Hopkins: Acheson, Truman und die Entscheidungen im Koreakrieg 1950 | Mark Kramer: Der Aufstand in Ostdeutschland im Juni 1953 | Charles Gati: Zur Neubewertung des ungarischen Aufstands 1956 | Marc R. DeVore: Die militärischen Pläne Großbritanniens und Frankreichs während der Suezkrise | Michael Lemke: Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958–1963 | Christian Nünlist: Die NATO und die Berlinkrise 1958–1961 | Sergej Masow: Die Sowjetunion und die Kongokrise 1960–1964 | Daniela Spenser: Die Kubakrise 1962 und ihre Folgen für das kubanisch-sowjetische Verhältnis | Joshua C. Andy: Operation »Anadyr«. Die sowjetische militärische Führung und die Kubakrise 1962 | Sergej Radchenko: Fehlwahrnehmungen in den chinesisch-sowjetischen Krisen 1966–1969 | Mitchell B. Lerner: Die Krisen um Korea 1968/69 | Oliver Bange: Das Ende des Prager Frühlings 1968 und die bundesdeutsche Ostpolitik | Oliver Werner: Das Krisenmanagement der Supermächte im Jom-Kippur-Krieg 1973 | Pawel Machcewicz: Die polnische Krise von 1980/81 | Vojtech Mastny: »Able Archer«. An der Schwelle zum Atomkrieg? | Chris Saunders: Die Überwindung der Krise in Angola und Namibia 1988

Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hg.)

# Krisen im Kalten Krieg



Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.)

# **Krisen im Kalten Krieg**

Studien zum Kalten Krieg

Band 2

Hamburger Edition

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH  
Mittelweg 36  
20148 Hamburg  
[www.Hamburger-Edition.de](http://www.Hamburger-Edition.de)

© E-Book 2011 by Hamburger Edition  
E-Book-Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde  
ISBN: 978-3-86854-504-3

© der Printausgabe 2008 by Hamburger Edition  
ISBN: 978-3-936096-95-8  
Redaktion: Jörg Später  
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras  
Typografie und Herstellung: Jan und Elke Enns  
Karten: Peter Palm, Berlin  
Satz aus der Sabon von Dörlemann Satz, Lemförde

# Inhalt

BERND GREINER Krisen im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick	7
JEREMI SURI Logiken der atomaren Abschreckung oder Politik mit der Bombe	24
MICHAEL F. HOPKINS Acheson, Truman und die Entscheidungen im Koreakrieg 1950	48
MARK KRAMER Der Aufstand in Ostdeutschland im Juni 1953	80
CHARLES GATI Zur Neubewertung des ungarischen Aufstands 1956	127
MARC R. DEVORE Die militärischen Pläne Großbritanniens und Frankreichs während der Suezkrise	158
MICHAEL LEMKE Die Berlin Krisen von 1948/49 und 1958 bis 1963	204
CHRISTIAN NÜNLIST Die NATO und die Berlinkrise von 1958 bis 1961	244
SERGEJ MASOW Die Sowjetunion und die Kongokrise 1960 bis 1964	274
DANIELA SPENSER Die Kubakrise 1962 und ihre Folgen für das kubanisch-sowjetische Verhältnis	297
JOSHUA C. ANDY Operation »Anadyr«. Die sowjetische militärische Führung und die Kubakrise 1962	321
SERGEJ RADCHENKO Fehlwahrnehmungen in den chinesisch-sowjetischen Krisen 1966 bis 1969	343
MITCHELL B. LERNER Die Krisen um Korea 1968/69	369

OLIVER BANGE	
Das Ende des Prager Frühlings 1968 und die bundesdeutsche Ostpolitik	411
OLIVER WERNER	
Das Krisenmanagement der Supermächte im Jom-Kippur-Krieg 1973	446
PAWEŁ MACHCEWICZ	
Die polnische Krise von 1980/81	477
VOJTECH MASTNY	
»Able Archer«. An der Schwelle zum Atomkrieg?	505
CHRIS SAUNDERS	
Die Überwindung der Krise in Angola und Namibia 1988	523
Zu den Autorinnen und Autoren	543

Bernd Greiner

## Krisen im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick

1948, 1950–1953, 1956, 1958–1961, 1962, 1964, 1966–1969, 1973, 1979–1981, 1988 – zwanzig Jahre und damit knapp die Hälfte des über vier Jahrzehnte währenden Kalten Krieges standen im Zeichen akuter politischer und militärischer Krisen. In manchen Fällen gaben die nuklear hochgerüsteten Hegemonialmächte USA und UdSSR den Anstoß, bisweilen drängten »kleine Akteure« wie Nord- und Südkorea oder Kuba in den Mittelpunkt, und mitunter griffen Auseinandersetzungen zwischen Bündnispartnern über die geographischen und politischen Grenzen der west-östlichen Paktsysteme hinaus. Teilweise wurden die Konflikte an der europäischen »Zentralfront« des Kalten Krieges ausgetragen, teilweise im Nahen Osten, in Asien, Afrika und Lateinamerika. So unterschiedlich die Beteiligten und die Schauplätze, so verschieden waren auch die Ursachen und Anlässe der Krisen. Zeittypische, der internationalen Konstellation nach 1945 geschuldete Faktoren vermengten sich mit Impulsen aus anderen Epochen – mit dem zählbaren Erbe der Kolonialzeit ebenso wie mit der hintergründigen Präsenz der 1920er und 1930er Jahre oder des Zweiten Weltkrieges.

### Ambivalenz der Atombombe

»Jede historische Situation ist einzigartig, obwohl einige ›einzigartiger‹ sind als andere«, schreibt Vojtech Mastny in seinem Beitrag. Gemeint ist, dass im Kalten Krieg alle Beteiligten vor einer historisch beispiellosen Herausforderung standen – nämlich Mittel und Wege des Umgangs mit der »absoluten Waffe« finden zu müssen, einer Waffe, die zwar das militärische Drohpotential ins Unermessliche steigerte, aber den Krieg als Mittel der Politik entwertete, weil die Vernichtung des Feindes nur um den Preis der eigenen Auslöschung zu erreichen gewesen wäre. Dass ihre bloße Existenz den Akteuren in Ost wie West Zurückhaltung auferlegte und zu Rücksichten zwang, die man unter anderen Umständen möglicherweise nicht genommen hätte, ist kaum zu bezweifeln. Anders als in »vornuklearen Zeiten«, in denen die Kombination von Rüstungswettläufen und zwischenstaatlichen Konflikten fast regelmäßig im Krieg münde-

ten,<sup>1</sup> blieb der Welt nach 1945 das Äußerste erspart. Doch kann die Rede vom »stabilen Frieden« auf der nördlichen Halbkugel trotz landläufigen Repetierens nicht überzeugen. Sie erklärt weder die Risikobereitschaft der Supermächte zur Zeit des Kalten Krieges noch beantwortet sie die Frage, warum ausgerechnet in dieser Zeit Krisen wiederholt in kriegsträchtiger Weise eskalierten. Jeremi Suri verweist deshalb mit gutem Grund auf die Kehrseite des Problems: dass die Präsenz von Massenvernichtungswaffen nicht allein als Einschränkung der Macht, sondern in gleichem Maße als Gelegenheit zur Ausweitung und Projektion von Macht begriffen wurde. Er markiert damit den archimedischen Punkt im Zentrum der Krisen des Kalten Krieges: Beide Seiten hatten es auf eine Schärfung der stumpfen Waffe angelegt und trachteten danach, aus dem militärisch Wertlosen politischen Mehrwert zu schlagen. So meldeten die USA und die UdSSR, wie Jeremi Suri betont, geopolitische Ansprüche an und gingen Verpflichtungen ein, die sie sich als konventionell gerüstete Mächte schwerlich hätten leisten können. Zu beobachten ist der selbst verordnete Aufstieg in eine politisch »höhere Gewichtsklasse«, ablesbar an der propagandistischen Karriere des Adjektivs »vital«. Selten kam die Rede über vermeintlich »lebenswichtige Regionen« jenseits der eigenen Grenzen derart häufig und penetrant zum Zuge wie im Kalten Krieg. Auf diese Weise wurden nicht nur zusätzliche Reibungspunkte geschaffen. Beide Seiten hatten sich überdies den Zwang zur kontinuierlichen Beglaubigung ihres Status auferlegt und neigten zur übermäßigen Investition symbolischen Kapitals. »Overload the enemy«, wie es in der Sprache der Administration Eisenhower hieß,<sup>2</sup> Das Ergebnis war, dass ein aus allen historischen Epochen bekanntes Problem über die Maßen aufgebläht wurde: Glaubwürdigkeit. Als unzuverlässig, bei der Verfolgung seiner Interessen unentschieden oder gar schwach wahrgenommen zu werden, galt mehr denn je als inakzeptabel. Wort zu halten, das Gesicht nicht zu verlieren, gegenüber Freunden stets verlässlich und gegenüber Feinden gleichermaßen unmissverständlich aufzutreten – im Kalten Krieg geriet der Kampf um die wichtigste psychologische Ressource der Macht zu einem psychologischen Abnutzungskrieg.

Im Berlin des Jahres 1948 nutzte Stalin den Streit um die Währungsreform und die absehbare Gründung eines westdeutschen, mit den USA verbündeten Staates als willkommenen Anlass, um die westliche Hege-

- 
- 1 Michael D. Wallace, Arms Races and Escalation. Some New Evidence, in: *Journal of Conflict Resolution* 23 (1979) 1, S. 14f.
  - 2 Siehe Klaus Larres/Kenneth Osgood (Hg.), *The Cold War After Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace?*, Lanham, MD, 2006.

monialmacht bloßzustellen und eine Vertrauenskrise innerhalb des feindlichen Lagers zu provozieren. Wie Michael Lemke in seinem Aufsatz nahelegt, kann diese Fixierung auf »innerimperialistische Widersprüche« zugleich als Versuch gedeutet werden, den damals bereits nuklear gerüsteten USA vor aller Augen die Grenzen ihrer Außenpolitik und vor allem die Nutzlosigkeit ihres gerade erworbenen Militärpotentials zu demonstrieren. Auch die zweite Berlinkrise, die Nikita Chruschtschow 1958 vom Zaun brach und drei Jahre lang am Kochen hielt, hat eine unverkennbar atomare Dimension. Zweifellos gaben tagespolitische Umstände – vorweg der mit ruinösen Folgen begleitete Flüchtlingsstrom aus der DDR und die internationale Isolation des »Arbeiter- und Bauern-Staates« – den Anstoß.<sup>3</sup> Jenseits dessen wollte Chruschtschow die nuklear bestückte UdSSR endlich als politisch gleichberechtigte Supermacht anerkannt sehen. Um dieses strategische Ziel zu erreichen, baute er die Drohkulissen der späten 1950er und frühen 1960er Jahre auf. Dass Außenminister John Foster Dulles ein amerikanisches Nachgeben als Anfang vom Ende dämonisierte, zeigt, welcher Stellenwert dem Kampf um Image und Glaubwürdigkeit auch von der Gegenseite beigemessen wurde.

Was Chruschtschow in Berlin und erst recht bei der gleichzeitigen Reklamation sowjetischer Interessen im Kongo verwehrt blieb, galt es in der Karibik nachzuholen: »Um den Triumph seiner Rivalen im Kongo wettzumachen, verfolgte er in der Kubakrise im Herbst 1962 eine harte Linie« (Sergej Masow). Kuba war der provokanteste und deshalb beste Ort, um »die USA daran zu erinnern, dass die UdSSR eine Macht darstellte, die sie respektieren mussten« (Daniela Spenser). Weltmacht konnte dieser Logik zufolge nur sein, wer auf Dauer nicht im Verdacht stand, beim Einsatz seiner Instrumente – der politischen, wirtschaftlichen, propagandistischen wie militärischen – zu zögern; wer, in anderen Worten, bereit war, um der bloßen Symbolik der Tat willen Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Selbstverständlich konnten die nach Kuba verschifften Mittelstreckenraketen die erdrückende Übermacht der USA im nuklearstrategischen Bereich nicht korrigieren. Für Chruschtschow zählte einzig ihr politischer Wert. Sie stellten unter Beweis, dass die UdSSR fähig und willens war, ihre neue weltpolitische Rolle auszufüllen und selbst im »Hinterhof« der USA als Schutzmacht einer sozialistischen Klientel aufzutreten. Wie John F. Kennedy zu bedenken gab, »hätte dies das Gleichgewicht der Macht *politisch* verändert. Es hätte den Anschein gehabt, und der Schein ist Teil der

---

3 Siehe Gerhard Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006.



Realität.«<sup>4</sup> Konsequenterweise ignorierte Kennedys Krisenstab die Frage, ob und in welcher Weise die territoriale Sicherheit der USA von den Kuba-Raketen berührt war. Stattdessen ging es um die Wahrung des Konkurrenzvorteils im Ringen um weltpolitische Hegemonie.<sup>5</sup>

Folglich weisen Krisen des Kalten Krieges stets über ihren konkreten Ort und Anlass hinaus. Sie wurden nicht allein als lokal und zeitlich begrenzte Konflikte wahrgenommen, sondern über den Tag hinaus im Koordinatensystem einer globalisierten Auseinandersetzung verortet. Wer es einmal an Durchsetzungsfähigkeit und Führungsstärke vermissen ließ, so die in Ost wie West dominante Haltung, verschaffte der Gegenseite einen in die Zukunft weisenden Positionsvorteil und lud zu Provokationen andernorts ein. Beispiel Korea: Im Grunde hätte der Krieg nach der Wiederherstellung des territorialen Status quo ante im Frühjahr 1951 beendet werden können. Warum dennoch zwei Jahre weiter gekämpft wurde, ist mit dem aberwitzigen Konflikt über die Repatriierung von Kriegsgefangenen nicht hinreichend zu erklären. Plausibler scheint, dass der VR China und Stalin an einem Exempel für künftige Konflikte in der Dritten Welt gelegen war. Und dass die Regierung Truman im Vertrauen auf die einschüchternde Kraft ihres Atomwaffenpotentials glaubte, den Preis der Abschreckung vor weiteren Aggressionen in die Höhe treiben zu müssen. Knapp 20 Jahre später hallte das Echo dieser Politik noch deutlich nach. Zwar verzichtete Richard Nixon im April 1969 darauf, Nordkorea den Abschuss eines US-Aufklärungsflugzeuges mit gleicher Münze heimzuzahlen. Aber das von Henry Kissinger so genannte »verknüpfte Denken« galt, wie Mitchell B. Lerner belegt, gleichwohl als Richtschnur. Der Präsident: »Kissinger und ich waren weiterhin der Auffassung, dass Vergeltungsschläge wichtig seien. Sie wären ein Signal dafür, dass die Vereinigten Staaten zum ersten Mal seit Jahren wieder Selbstvertrauen haben. Sie würden unsere Verbündeten moralisch stärken und unseren Feinden zu denken geben.«<sup>6</sup>

Unabhängig davon, wo Krisen inszeniert wurden, und egal, welche Mittel zum Einsatz kamen, das Dilemma des Nuklearzeitalters blieb stets das Gleiche. Atomwaffen konnten allenfalls politischen Gewinn abwerfen, wenn die Angst vor der Bombe nicht als Verängstigung in Erscheinung trat, wenn man den Gegner herausforderte und über die eigenen Absichten

---

4 John F. Kennedy, zit. n. Graham T. Allison, *Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis*, Boston, MA, 1971, S. 51 (Hervorhebung B.G.).

5 Zu den Beratungen im »Executive Committee« des Nationalen Sicherheitsrates siehe den Dokumentenanhang in: Bernd Greiner, *Kuba-Krise. 13 Tage im Oktober: Analysen, Dokumente, Zeitzeugen*, Nördlingen 1988.

6 Zit. n. Seymour Hersh, *The Price of Power*, New York 1983, S. 72.

im Unklaren ließ. So wollte John Foster Dulles sein viel zitiertes Diktum über Staatskunst im Nuklearzeitalter verstanden wissen: Wenn nötig, sich dem Abgrund nähern, ohne zum Äußersten entschlossen zu sein, aber die andere Seite rätseln lassen, wo die Grenze zwischen Bluff und Vabanquespiel verlief. »Eines Tages, sagte er, könnte der Zeitpunkt kommen, wo er das größtmögliche Risiko würde eingehen müssen, um [...] davon zu überzeugen, dass Entgegenkommen nichts mit Demütigung zu tun habe. [...] ›Er muss uns in Aktion sehen‹.« Dieses von John F. Kennedy überlieferte Zitat<sup>7</sup> könnte man ausweislich seines Auftretens in den Jahren 1956 bis 1962 auch Nikita Chruschtschow zuschreiben. Oder dem Duo Breschnew–Mao, wenn wir den Ausführungen Sergej Radchenkos folgen. Selbst zu Zeiten der Entspannung hatte das Kalkül mit dem Unkalkulierbaren, die Rationalisierung des Irrationalen, einen festen Platz im Inventar der Außenpolitik – Oliver Werner und Mitchell B. Lerner weisen darauf hin. Ein Staat, so Richard Nixon und Henry Kissinger, der aus Angst vor atomarer Selbstvernichtung darauf verzichtet, bei der Verfolgung seiner Interessen militärischen Druck geltend zu machen, verdammt sich langfristig zur politischen Ohnmacht. Handlungsfähig bleibt er nur, wenn Dritte sich seiner Zurückhaltung nicht sicher sein können. Wer indes bereit ist, den »Madman« zu spielen, Verrücktes zu tun und den Anschein zu erwecken, dass die Dinge außer Kontrolle geraten könnten, findet zum Kern des Politischen zurück: nicht sich selbst, sondern andere abzuschrecken.

Ob das Spiel mit der Angst die gewünschten Konsequenzen zeitigte, ins Leere lief oder auf seine Urheber zurückfiel, war keineswegs absehbar. Als Washington während des Jom-Kippur-Krieges 1973 »Defense Condition 3« anordnete und die Flotte des strategischen Bomberkommandos in erhöhte Alarmbereitschaft versetzte, reagierte Moskau nicht. Wegen Ägypten und Syrien den USA mit ähnlichen militärischen Drohgebärden zu antworten, erschien dem Politbüro als »unvernünftig« (Oliver Werner) und angesichts des damaligen sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses ohnehin als unsinnig. Andernorts ging es weniger glimpflich ab. Warum auch immer Stalin dem Drängen Kim Il Sung nachgab und den Überfall auf Südkorea guthieß, eines hatte er nicht im Sinn: eine direkte Konfrontation mit den USA. Dass die Rote Armee in Korea nicht einmarschierte, wertete Truman als Indiz, dass es Moskau auf eine militärische Herausforderung andernorts – nämlich in strategischen Schlüsselregionen wie Europa oder dem Nahen Osten – angelegt hatte. Er wollte gerade deshalb zur vermeintlich rechten Zeit eine für alle Seiten abschreckende

---

7 Zit. n. Alexander L. George/David K. Hull/William E. Simons, *The Limits of Coercive Diplomacy*. Laos, Cuba, Vietnam, Boston, MA, 1971, S. 98.

Lektion erteilen. Vor diesem Hintergrund erschien eine Ausweitung der Kämpfe auf Nordkorea geboten, wenn nicht zwingend notwendig – allen chinesischen Warnungen vor einem Einsatz eigener Truppen und einer unüberschaubaren Eskalation zum Trotz (Michael F. Hopkins). Wie sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zeigte, war die sowjetische Seite erst recht geneigt, auf vermutete oder reale Einschüchterungen mit einer Flucht nach vorne zu antworten. 1958 deutete Chruschtschow die Debatten um eine Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Nuklearwaffen als atomaren Erpressungsversuch und zettelte nicht zuletzt deshalb eine weitere Berlinkrise an (Michael Lemke). Mitte 1969 schien Breschnew davon überzeugt, dass die chinesische Führung unter Mao nicht kalkuliert verrückt spielte, sondern tatsächlich verrückt geworden sei. Er fühlte deshalb in Washington vor, wie sich die USA im Falle eines sowjetischen Erstschlags gegen eine chinesische Nuklearanlage verhalten würden (Mitchell B. Lerner, Sergej Radchenko). Im Jahr 1983 schließlich deutete das Politbüro um Juri Andropow die amerikanische Hochrüstung allen Ernstes als Vorbereitung eines Atomkrieges gegen die UdSSR, wie aus dem Beitrag von Vojtech Mastny deutlich wird. Die Liste der Beispiele ließe sich verlängern, ohne am Befund etwas zu ändern: Das bloße Vorhandensein von Atomwaffen hatte nicht nur das Risikopotential erhöht, die Art und Weise, wie man in Ost und West politisch darauf reagierte, schuf obendrein Risiken ganz eigener Art.

## Politische Rahmenbedingungen

Die entscheidenden Fragen lauten mithin: Wer hatte das Sagen? Welche Umstände trugen zur Eskalation von Krisen bei, wie konnten umgekehrt Konfrontationen eingedämmt und beigelegt werden? Welcher Art waren die Beziehungen zwischen Politik und Militär? Waren institutionelle Strukturen, also bürokratisch definierte Zwänge und Rücksichtnahmen, von Bedeutung? Wurde das Krisenverhalten von innenpolitischen Faktoren beeinflusst? Wie war es um Handlungsspielräume von Verbündeten und Klientelstaaten bestimmt, wie machten sie ihre Interessen geltend? Und nicht zuletzt: Welche Kontrolle hatten die Entscheidungsträger über den Gang der Dinge, unter welchen Bedingungen wurde eine unbeabsichtigte Dynamik in Gang gesetzt, und welche nicht intendierten Gefährdungen gingen damit einher?

Dass Entscheidungen in kleiner Runde getroffen werden, liegt im Wesen jeder Krisenpolitik. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der Kalte Krieg kaum von anderen Epochen. Egal, ob die Verantwortlichen auf unvorher-

gesehene Ereignisse reagieren und unter Zeitdruck zu einer Entscheidung kommen müssen, oder ob es darum geht, sensible Informationen geheim zu halten und die Gegenseite im Ungewissen zu lassen – Exklusivität ist in der Regel ebenso unhintergebar wie ergebnisoffen. Während der Krisen um Berlin und Kuba, um nur die wichtigsten Fälle zu nennen, rieten auf beiden Seiten Krisenmanager aus der zweiten und dritten Reihe zu einer drastischen Verschärfung des Kurses – beispielsweise die Spitzen der sowjetischen Besatzungstruppen sowie die Generäle Lucius D. Clay und Curtis LeMay im Jahr 1948, Experten des sowjetischen Außenministeriums und Repräsentanten des nationalen Sicherheitsapparates der USA im Oktober 1962 (wie Michael Lemke und Joshua C. Andy zeigen). Im Kreml konnten sie sich nicht durchsetzen, weil Stalin ohnehin immer das letzte Wort hatte und Chruschtschow das Erbe der stalinistischen Machtvollkommenheit ausspielte. Und in Washington neutralisierten Harry Truman wie John F. Kennedy den Druck, indem sie in entscheidenden Momenten den Kreis der Berater noch weiter reduzierten und sich nur noch mit ihren engsten Vertrauten abstimmten. Andererseits steht eine Vielzahl gegenteiliger Effekte der Kleingruppenpolitik zu Buche. In ihrer Summe können sie als Beleg dafür gelesen werden, wie störanfällig eine Politik war, die im Nuklearzeitalter vor der Entscheidung über Leben und Tod von Millionen stand und sich dabei der Mittel und Methoden aus voratomaren Zeiten bediente – genauer gesagt: mangels Alternativen bedienen musste.

Warum exklusive Zirkel zu Gefangenen ihrer selbst gewählten Prämissen werden und am Ende eskalationsträchtige Beschlüsse gutheißen, lässt sich beispielhaft am Koreakrieg, der Suez- und Kubakrise sowie des Jom-Kippur-Krieges beobachten. »Suez« gehört zwar nur indirekt und insofern zum Kalten Krieg, als West wie Ost den Nahen Osten zur politischen Konkurrenzzone erklärte hatten. Dennoch weist die französisch-britische Politik des Jahres 1956 frappierende Gemeinsamkeiten mit dem *Procedere* anlässlich klassischer Konfrontationen der Zeit auf (Marc R. DeVore). Erstens wurde eine als defizitär erkannte Militärplanung nicht korrigiert, weil aus Angst vor »Informationslecks« relevante Informationen entweder nicht kommuniziert oder fachkundige Dritte erst gar nicht hinzugezogen wurden – ähnlich wie in Trumans und Kennedys Krisenstäben (Michael F. Hopkins).<sup>8</sup> Zweitens zeigte sich, dass erhöhter Zeitdruck gerade in Kleingruppen dazu führt, um eines raschen Konsenses willen auch Be-

---

8 Während der Kubakrise setzte Robert McNamara teilweise noch nicht einmal den Präsidenten von militärisch sensiblen Beschlüssen in Kenntnis: Siehe Aleksandr Fursenko/Timothy Naftali, *Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary*, New York/London 2006, S. 481 f.

schlüsse wider besseres Wissen abzunicken oder eine Debatte über das Für und Wider erst gar nicht zu führen – eine Parallele zum Korea- und Jom-Kippur-Krieg, als die wichtigsten militärischen Beschlüsse, nämlich die Überschreitung des 38. Breitengrades und die erhöhte Alarmbereitschaft für das Strategische Bomberkommando, im Eilverfahren und ohne Erwägung der möglichen Konsequenzen gefällt wurden (Oliver Werner). Drittens gaben Dezisionisten die Richtung vor, die zwar jenseits der Beförderung ihrer bürokratischen Eigeninteressen wenig im Sinn hatten, sich aber mit entschlossenem Auftreten und schierem Behauptungswillen durchsetzten – eine auch zu Trumans, Kennedys oder Nixons Zeiten zu beobachtende Dynamik.<sup>9</sup> In anderen Worten: Dass entscheidungsrelevante Ressourcen verknappt und alternative Optionen unzureichend gewürdigt wurden, war kein Einzelfall. Es handelt sich um eine Konstante der Krisenpolitik im Kalten Krieg.

In diesem Zusammenhang sollten auch, wie Michael F. Hopkins, Joshua C. Andy und Oliver Werner betonen, der prägende Einfluss von Individuen und die politische Bedeutung ihrer Idiosynkrasien gewürdigt werden. Wie es scheint, steht dergleichen noch immer im Verdacht einer altmodischen, dem Historismus geschuldeten Personalisierung. Zu Unrecht, zeigt sich doch gerade in zugespitzten Entscheidungssituationen, dass individuelle Neigungen und Vorlieben mehr als anderes ins Gewicht fallen und mitunter gar den Ausschlag geben können. »Wir sind alle der Überzeugung, dass wir uns aus Korea zurückziehen, wenn die Chinesen reinkommen«, mahnte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Omar Bradley, wiederholt und bezeichnete eine Auseinandersetzung mit chinesischen Truppen auf koreanischem Gebiet als den falschen Krieg am falschen Ort zur falschen Zeit gegen den falschen Gegner<sup>10</sup> – zumal die von den USA geführte Koalition mit der Rückeroberung Seouls und der Vertreibung der Nordkoreaner aus dem Süden des Landes ihre ursprünglichen Ziele erreicht hatte. Harry Truman und sein Alter Ego, Außenminister Dean Acheson, bestanden dennoch auf einem Regimewechsel in Nordkorea und einer mit Waffengewalt erzwungenen Wiedervereinigung des Landes. Offenbar verband sich ihre »Vorliebe für eine Politik des akzeptierten Wagnisses« (Michael F. Hopkins) mit der Furcht, als persönlich

---

9 Zum Zusammenhang von bürokratischer Eigengesetzlichkeit und politischer Willensbildung siehe Leslie H. Gelb/Richard K. Betts, *The Irony of Vietnam: The System Worked*, Washington, DC, 1979.

10 Omar Bradley, zit. n. Jörg Friedrich, *Yalu. An den Ufern des dritten Weltkriegs*, Berlin 2007, S. 292; siehe auch ebenda, S. 278; sowie Bruce Cumings, *The Origins of the Korean War*, Princeton, NJ, 1990, Bd. 2, S. 549, 713.

schwach und unentschlossen wahrgenommen zu werden – Emotionen und Eitelkeiten, die auch die Außen- und Militärpolitik von Richard Nixon und Henry Kissinger in einem bis in die jüngste Zeit weitgehend ignorierten Maße bestimmten und wiederholt das Bemühen um eine sorgsam orchestrierte Krisenpolitik zu ruinieren drohten (Oliver Werner).<sup>11</sup>

Damit rückt eine der risikoträchtigen Dimensionen von Krisenpolitik in den Blick – der Umstand, dass das demonstrative Bemühen um Glaubwürdigkeit mitunter in selbst gestellte Fallen führte. »Die immense Gefahr dieses politischen Verhaltens«, schreibt Oliver Werner über die von der »Washington Special Action Group« unter Leitung Henry Kissingers angeordnete »Defense Condition 3«, lag darin, »dass weder der Kreis derjenigen, die dieses Signal empfangen, noch deren Reaktionen wirklich vorhersagbar sind«. Insbesondere Henry Kissinger hatte die rasche Verbreitung der Nachricht vom erhöhten Alarmzustand nicht erwartet. In eine ungleich vertracktere Zwickmühle hatte sich auch Harry Truman manövriert (Michael F. Hopkins): Nachdem die VR China mit einer riesigen Streitmacht in Korea einmarschiert war und im Januar 1951 Seoul eingenommen hatte, stand das Behauptungsvermögen der US-Truppen auf dem Spiel. Und sofort drängten sich buchstäblich unerhörte Fragen auf: Wie viele Verluste könnten die USA hinnehmen, ohne an China Vergeltung zu üben? Und vor allem: Sollten im Falle eines erzwungenen Rückzugs Atomwaffen zum Einsatz kommen? Letzteres bejahte nicht nur der Oberkommandierende in Korea, General Douglas MacArthur. Auch im Außenministerium und im Pentagon wurden entsprechende Szenarien ausgearbeitet, Truman und sein Nachfolger Dwight D. Eisenhower betonten in der Öffentlichkeit mehrfach, sich diese Option offenhalten zu wollen. Dass beide keine kriegslüsternden Abenteurer waren und den Hardlinern vom Schlage MacArthurs wiederholt die Stirn boten, ändert nichts an der Brisanz des Problems. Am Ende hatte man schlicht Glück, keine Entscheidung treffen zu müssen – weil auf den Schlachtfeldern eine Pattsituation erzwungen werden konnte und Mao den vereinbarten Waffenstillstand einhielt. So unterschiedlich die Fälle Korea und Jom Kippur auch sind, sie verweisen beide auf eine bei anderer Gelegenheit ebenfalls feststellbare Dynamik: die Neigung nämlich, im Zweifel den Gang der Dinge in die Hände Dritter zu legen und sich von deren Einsicht, Berechenbarkeit und Rationalität abhängig zu machen (Jeremi Suri, Joshua C. Andy, Daniela Spenser).

---

11 Wie sehr Richard Nixon und Henry Kissinger gerade ihre Krisenpolitik in den Dienst individueller Ambitionen und persönlicher Eitelkeiten stellten, zeigt Robert Dallek in seinem neuen Buch: *Nixon and Kissinger. Partners in Power*, New York 2007.

## Desiderata: Kultur und Gesellschaft ...

Ohne die in den zurückliegenden Jahren erzielten Forschungsergebnisse relativieren zu wollen, muss an dieser Stelle auf markante Lücken aufmerksam gemacht werden. Zwar liegen mittlerweile profunde Studien über sowjetische Krisenpolitik vor (Mark Kramer, Charles Gati, Joshua C. Andy, Sergej Radchenko, Sergej Masow). Die nach wie vor bestehende und wohl auch auf absehbare Zeit nicht zu behebbende Quellenasymmetrie lässt aber zahlreiche Fragen offen, insbesondere zum Verhältnis von Politik und Militär, zum Einfluss von Geheimdiensten oder den Beziehungen zwischen Partei- und Staatsführung. Womit nicht gesagt sein soll, dass die Historiographie über westliche Krisenpolitik ihre Mittel und Möglichkeiten ausgeschöpft hätte. Im Gegenteil: Im Sinne einer tiefenscharfen Analyse wäre eine stärkere Berücksichtigung gesellschafts- und kulturhistorischer Ansätze wünschenswert. Wie war es, um nur ein Beispiel zu nennen, mit der Definitionsmacht der innenpolitischen Rechten in den USA über die Außenpolitik bestellt? Spiegeln sich im Krisenverhalten der politischen Klasse gesellschaftliche Ängste? Oder gar ein diffuses Verlangen nach einer Politik der Einheit und Vergemeinschaftung stiftenden Ausnahmezustandes? Und inwieweit waren politische Eliten umgekehrt geneigt, Ängste zwecks einer gezielten Instrumentalisierung und Ausbeutung überhaupt erst zu inszenieren? Hätte, wie Charles Gati fragt, in einer von Selbstüberschätzung und Triumphalismus geprägten politischen Kultur eine auf Kompromiss mit dem Osten setzende Politik der kleinen Schritte überhaupt einen Ort finden können? Die Liste der Beispiele ließe sich verlängern, die Desiderata indes bleiben stets dieselben.

## ... und die kleinen Akteure

Nicht zuletzt sollte eine Krisengeschichte des Kalten Krieges die lange Zeit bipolar verengte oder auf die beiden Supermächte fixierte Perspektive erweitern und nach dem Stellenwert »kleiner Akteure« fragen. Wie die Untersuchungen von Daniela Spenser, Sergej Radchenko, Mitchell B. Lerner und Chris Saunders zeigen, spielen deren Interessen und Politik bei der Vermessung des Risikopotentials der Zeit eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dass Mao nach dem Erfolg der chinesischen Winteroffensive 1950 nicht den Sieg über die USA erklärte, sondern ungeachtet aller menschlichen Verluste und volkswirtschaftlichen Belastungen den Krieg weiterführte; dass er während der Kulturrevolution eine antisowjetische Hysterie anfachte und am Ussuri 1969 einen Grenzkrieg mit der UdSSR

anzettelte; dass Nordkorea – nicht Stalin oder Mao – die treibende Kraft beim Überfall auf den Süden des Landes war und Ende der 1960er Jahre mit Hunderten von Überfällen auf südkoreanische und amerikanische Posten erneut einen Vereinigungskrieg loszutreten wollte; dass Fidel Castro während der Kubakrise keine Gelegenheit ausließ, auf eigene Rechnung zu provozieren und eine diplomatische Beilegung des Konflikts zu sabotieren, dass er für den Fall einer amerikanischen Invasion der Insel Chruschtschow gar zu einem nuklearen Erstschatz gegen die USA riet und dass er 25 Jahre später erneut und zum Entsetzen Moskaus die Konfrontation mit den USA, nämlich in Angola, suchte – all dies zeigt auf unterschiedliche, aber hintergründig gemeinsame Weise die Grenzen der amerikanisch-sowjetischen Abschreckungspolitik auf. In der Erwartung formuliert, es stets mit einem kalkulierbaren und im Zweifel erpressbaren Gegner zu tun zu haben, sah sie sich hier Akteuren gegenüber, die sich nicht einschüchtern und schon gar nicht demütigen lassen wollten.

Wie ist demgegenüber die Politik der Blockfreien zu verorten, die sich keinem ideologischen Lager anschlossen und ihre Anliegen bisweilen mit einer Pendeldiplomatie zwischen Ost und West zu nutzen verstanden? Beobachteten sie die Krisen des Kalten Krieges im Windschatten der Geschichte oder versuchten sie Einfluss zu nehmen – und wenn ja, in welcher Weise und mit welchem Ergebnis? Auch diesen Fragen wird sich die zeithistorische Forschung künftig intensiver als bisher annehmen müssen.

Vergleichsweise präzise lässt sich indes die Rolle der »Kleinen« innerhalb des westlichen Bündnisses bestimmen. Wie hinlänglich dokumentiert, sahen die USA im Ost-West-Konflikt ein nützliches Instrument, um das westliche Bündnis zu festigen und ihre Partner zu disziplinieren. Bisweilen hatte es gar den Anschein, als würden zu diesem Zweck die Spannungen des Kalten Krieges geradezu konserviert, wenn nicht verschärft – etwa anlässlich der Debatten über eine deutsche Blockneutralität oder über eine japanisch-sowjetische Verständigung im Streit um die Kurilen.<sup>12</sup> So erfolgreich diese Politik in vielerlei Hinsicht war, so wenig konnte sich Washington der Disziplin seiner Gefolgschaft gewiss sein – Churchills im Frühjahr 1953 gestartete Initiative für eine deutsche Wiedervereinigung passte ebenso wenig ins Konzept wie die französischen Einreden gegen eine deutsche Wiederbewaffnung, ganz zu schweigen vom britisch-französischen Abenteuer in Suez (Marc R. DeVore). Und im Konflikt über die

---

12 Siehe Lloyd Gardner, *Poisoned Apples: John Foster Dulles and the »Peace Offensive«*, in: Larres/Osgood, *Cold War After Stalin's Death*, S. 73–99; sowie Tsuyoshi Hasegawa, *Treacherous Ground: Soviet-Japanese Relations and the United States*, in: ebenda, S. 277–303.



Zukunft Indochinas mussten sich Eisenhower und Dulles am Ende nolens volens fügen: Erst der Druck aus Westeuropa machte es möglich, dass 1954 das Indochina-Abkommen in Genf unterzeichnet und im Jahr darauf am selben Ort ein west-östliches Gipfeltreffen abgehalten wurde.<sup>13</sup>

## Risikopolitik

Am Beispiel der sich von 1958 bis 1961 hinziehenden Berlinkrise kann Christian Nünlist unter Rückgriff auf bis dato kaum ausgewertete Quellenbestände zeigen, dass Großbritannien, Kanada und die skandinavischen NATO-Mitglieder auch bei anderer Gelegenheit ihren Spielraum zu nutzen wussten. Unwillig, der von den USA, Frankreich und der Bundesrepublik verfochtenen harten Linie zu folgen, drängten sie in internen Konsultationen auf eine »selektive Entspannung« und auf Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen mit Moskau. Nicht auszuschließen ist, dass diese Initiativen Chruschtschow dazu bewogen, Anfang 1960 eine ungewöhnlich große Reduktion sowjetischer Truppen anzukündigen. In jedem Fall wurden die westlichen Antworten auf das Berlin-Ultimatum entschärft und Denkpausen genutzt – eine wichtige Hilfestellung für Chruschtschow, die nur als Bluff gedachte Ankündigung eines separaten Friedensvertrags mit der DDR am Ende ohne Gesichtsverlust fallen zu lassen.<sup>14</sup> Die Lösung der Krise hauptsächlich auf die Demonstration amerikanischer Stärke zurückzuführen, erscheint vor diesem Hintergrund endgültig als obsoletes Argument. Mehr noch: Gerade die Berlinkrise wurde von etlichen NATO-Partnern zum Anlass genommen, über Alternativen zur »Politik der Stärke« nachzudenken, Konrad Adenauer eingeschlossen, der nach dem Hinweis von John Foster Dulles, dass der »Ernstfall« in Berlin auf den Einsatz von Atomwaffen hinauslaufen könnte, erstmals eine Anerkennung der DDR in Erwägung zog (Michael Lemke). So gesehen, steht die zweite Berlinkrise für die Geburtsstunde der neuen Ost- und Entspannungspolitik aus den 1960er und 1970er Jahren.

Ohnehin zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass die Krisen an der mitteleuropäischen Zentralfront des Kalten Krieges mit größerer Umsicht gehandhabt wurden, als es die aufgeladenen Redeschlachten der Zeit ver-

13 Siehe Kathryn C. Statler, *Alliance Politics after Stalin's Death: Franco-American Conflict in Europe and Asia*, in: Larres/Osgood, *Cold War After Stalin's Death*, S. 157–177.

14 Zur Konzeptionslosigkeit Chruschtschows in der Berlinfrage siehe auch Wettig, *Chruschtschows Berlin-Krise*.

muten lassen. Stalin hatte es 1948 nicht auf eine bedingungslose Konfrontation in Berlin angelegt. Andernfalls hätte er nicht nur die Zufahrtswege, sondern auch die Luftkorridore blockiert. In anderen Worten: Die Luftbrücke funktionierte, weil Stalin sie funktionieren ließ; Harry Truman konnte sein Wort verpfänden und bedingungslose Sicherheitsgarantien abgeben, weil der Diktator im Kreml auf den letztendlichen Test amerikanischer Glaubwürdigkeit verzichtete und sich stattdessen von Anfang bis Ende »exit options«, Ausstiegsoptionen, offenhielt. Indem die USA ebenfalls darauf verzichteten, ihr Gegenüber in eine ausweglose Enge zu treiben, leisteten sie einen nicht minder wichtigen Beitrag zur Eindämmung des Risikos. Dieser Linie folgte auch Chruschtschow. Obwohl alles andere als konfliktscheu, blieb er doch berechenbar und betrieb seit 1958 eine auf die Auslotung seiner Möglichkeiten gerichtete Politik der Nadelstiche. Und hielt die Führung der DDR, die aus einer Zuspitzung der Situation glaubte innenpolitischen Gewinn ziehen zu können, erfolgreich im Zaum (Michael Lemke).

Obgleich die Hintergründe und Anlässe ganz anderer Art waren, lassen sich ähnliche Politikmuster in den Jahren 1953, 1956, 1968 und 1980/81 ausmachen. Allen Befürchtungen zum Trotz, dass die Unruhen in der DDR auf das eigene Land übergreifen und dem nach Stalins Tod aufflackernden Widerstand in Zwangsarbeiterlagern über Sibirien hinaus neue Nahrung geben könnten, blieb Moskau im Juni 1953 lange Zeit im Hintergrund und griff erst ein, als die ostdeutschen Organe vollends die Kontrolle verloren hatten. Offensichtlich gründete das wochenlange Zuwarten nicht zuletzt in der Absicht, die Deutsche Frage offenzuhalten und keinen kontraproduktiven Konflikt mit den Westmächten zu riskieren (Mark Kramer). Gut drei Jahre später, am 30. Oktober 1956, verwarf das Politbüro einstimmig eine militärische Intervention in Ungarn. Um die verbesserten Beziehungen zum Westen nicht aufs Spiel zu setzen, erwog man gar einen »semiautonomen Status« für Ungarn samt einem »begrenzten Pluralismus«. Dass der Beschluss binnen 24 Stunden revidiert wurde, führt Charles Gati hauptsächlich auf die Gewaltexzesse auf dem Platz der Republik und den Umstand zurück, dass die in jeder Hinsicht überforderte Regierung Nagy ihre Möglichkeiten zu inneren Reformen nicht zu nutzen verstand. Auch hinsichtlich der ČSSR und Polens kann von einer ausschließlich auf die Repression des Widerstandes fixierten und bedenkenlos das internationale Umfeld ignorierenden Politik keine Rede sein. In Polen war das Gegenteil der Fall. Wie bei allen osteuropäischen Unruhen in den Jahrzehnten zuvor wollte Moskau den einheimischen Eliten die Gelegenheit zur Reform geben und stimmte der Gründung freier, von der KP unabhängiger Gewerkschaften samt der Anerkennung

des Streikrechts ausdrücklich zu. Um die wegen der Invasion in Afghanistan ohnehin angespannte Lage nicht noch weiter anzuheizen, verwarf das Politbüro Anfang Dezember 1981 die Überlegungen für eine militärische Intervention. Insofern entbehrt General Jaruzelskis Behauptung, mit der Verhängung des Kriegsrechts einer unmittelbar bevorstehenden Eskalation zuvorgekommen zu sein, jeder Grundlage (Paweł Machcewicz). Inwiefern im Kreml auch die Überlegung eine Rolle spielte, dem Westen keine zusätzlichen Argumente für die geplante Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und eine neue Runde des Wettrüstens an die Hand zu geben, ist eine naheliegende, ausweislich der verfügbaren Quellen aber nicht zu beantwortende Frage.

Zum Verdruss der Opposition im eigenen Land und zur Enttäuschung der antisowjetischen Widerstandsbewegung in Osteuropa legten amerikanische Administrationen von Eisenhower bis Reagan angesichts der seit 1953 immer wieder aufflackernden Krisen eine bemerkenswerte Zurückhaltung an den Tag. Die in internen Dokumenten vielfach protokollierte Absicht, Untergrundorganisationen zu unterstützen, auszubilden und zu bewaffnen<sup>15</sup> oder sich anderer Mittel der Diversion zu bedienen, war kaum mehr als bürokratische Rhetorik für den Hausgebrauch – teils, weil man erkannte, dass die CIA noch nicht einmal entfernt über die Mittel und Möglichkeiten zu ihrer Realisierung verfügte, teils, weil es an den notwendigen Kontakten zu Osteuropa fehlte, und teils aus Furcht vor einer aus dem Ruder laufenden Entwicklung. Dementsprechend rief der amerikanische Sender RIAS Berlin am Abend des 17. Juni 1953 die Bevölkerung der DDR dazu auf, den Anordnungen der Besatzungsmacht Folge zu leisten und keinen Zusammenstoß mit sowjetischen Truppen zu riskieren (Mark Kramer). Als Radio Free Europe drei Jahre später auf ausdrückliche Weisung der CIA einen anderen Kurs einschlug, den Ungarn zum unerbittlichen Kampf gegen die Rote Armee riet und gar die Erwartung einer direkten Unterstützung seitens der USA nährte,<sup>16</sup> stand die Administration Eisenhower am Ende blamiert da. Sie hatte den blumigen Worten der Radioagitatoren nicht nur keine Taten folgen lassen, sondern mit der Demonstration der eigenen Ohnmacht die Macht der Gegenseite beglaubigt – ein gravierender Rückschlag im psychologischen Abnutzungskrieg und zugleich eine Lektion für die Zukunft. Nicht allein, aber auch diesen Erfahrungen waren die demonstrative Zurückhaltung und das Interesse

---

15 Tim Weiner, CIA. Die ganze Geschichte, Frankfurt am Main 2008, S. 117; sowie grundsätzlich Bernd Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg, 1947–1991, Köln 2002.

16 Weiner, CIA, S. 182–185.

an einer Wahrung des Status quo im Jahr 1968 geschuldet. Wie Oliver Bange zeigt, ging die amerikanische und bundesdeutsche Unterstützung für den »Prager Frühling« über symbolische Gesten nie hinaus: »Hilfe und Risiko schienen aus der Perspektive Washingtons inhaltsgleich zu sein.« In diesem Sinne reagierten auch Jimmy Carter und Ronald Reagan auf die Unruhen im Polen der Jahre 1980 und 1981. Keine noch so geharnischte Protestnote stellte in Zweifel, dass man sich der seit den frühen 1950er Jahren faktisch verfolgten Linie weiterhin verpflichtet fühlte und die sowjetische Hegemonie in Osteuropa anerkannte (Paweł Machcewicz).

Ein beiderseitiges Bemühen um Risikokontrolle und berechenbares Krisenverhalten lässt sich auch und gerade außerhalb Europas beobachten. Entgegen dem Rat gewichtiger Mitglieder seines Krisenstabes entschloss sich John F. Kennedy im Oktober 1962 nicht zu einer Invasion Kubas und verwarf auch die mit Nachdruck eingeforderte Bombardierung der sowjetischen Raketenstellungen. Mit der Seeblockade wollte er für sich selbst Zeit gewinnen und überdies Chruschtschow Zeit zum Rückzug geben. Wie lange Kennedy dem internen Druck hätte widerstehen können oder ob er tatsächlich bereit gewesen wäre, für eine diplomatische Lösung einen hohen politischen Preis zu zahlen, ist ausweislich der Sitzungsprotokolle des »Executive Committee« eine zu Recht noch immer umstrittene Frage. Entscheidend war indes, dass Chruschtschow seinen Spielraum nutzte und auf Deeskalation bedachte Signale aussandte. Statt es auf eine Konfrontation an der Blockadelinie ankommen zu lassen, traten die sowjetischen Frachter umgehend die Heimreise an; statt es den USA gleichzutun und große Teile der Streitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen, beließ es Chruschtschow bei erkennbar symbolischen Maßnahmen (Joshua C. Andy). Vor allem aber bewahrte er sich den Freiraum zu eigenständigen, von amerikanischen Vorgaben unabhängigen Entscheidungen und ging den entscheidenden Schritt zur Lösung der Krise. Wie Aleksandr Fursenko und Timothy Naftali in ihrer jüngst vorgelegten Biographie belegen, hatte Chruschtschow angeordnet, von der Forderung nach einem Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus der Türkei Abstand zu nehmen und Washington umgehend über dieses Nachgeben in Kenntnis zu setzen, noch ehe ihm Kennedy auf geheimen Kanälen eine amerikanische Kompromissbereitschaft in dieser Frage signalisierte.<sup>17</sup>

---

17 Fursenko/Naftali, Khrushchev's Cold War, S. 489f.

## Unbeabsichtigte Eskalation

Dass die Kubakrise dennoch zu Recht als die gefährlichste und unberechenbarste Konfrontation des Kalten Krieges bezeichnet wird, ist der Eigendynamik der damaligen Ereignisse geschuldet. Genauer gesagt dem Umstand, dass beide Seiten ungeachtet des expliziten Bemühens um Deeskalation phasenweise die Kontrolle über den Gang der Dinge verloren hatten oder Entscheidungen trafen, ohne sich der Reichweite und möglichen Konsequenzen ihrer Beschlüsse bewusst zu sein. Obwohl Moskau ausdrücklich verfügt hatte, amerikanische Aufklärungsflugzeuge unbehelligt zu lassen, wurde auf dem Siedepunkt der Krise eine U-2 abgeschossen – auf Befehl eines dazu nicht befugten Generalmajors und mit Billigung eines ebenfalls nicht autorisierten Offiziers (Joshua C. Andy). Eigenmächtigkeiten oder Kommunikationsprobleme waren wahrscheinlich auch für den folgenreichsten Zwischenfall auf hoher See verantwortlich. In jedem Fall erhielt keines der vor Kuba tauchenden sowjetischen U-Boote den Befehl, den Blockadering zu respektieren und rechtzeitig abzdrehen. Und niemand hatte die Richtlinien für den Gefechtsfall widerrufen, denen zufolge die Kommandanten befugt waren, zum Zwecke der Selbstverteidigung sich aller mitgeführten Waffensysteme zu bedienen, darunter auch atomar bestückte Torpedos. Just in dieser Situation änderte Verteidigungsminister Robert McNamara auf eigene Faust ein in internationalen Gewässern übliches Procedere: Die sowjetischen U-Boote sollten nicht mit Sonarsignalen zum Auftauchen aufgefordert werden, sondern mittels kleinkalibriger Wasserbomben. Als das »C-19«-U-Boot von amerikanischen Kreuzern auf diese Weise gestellt wurde, glaubte die Besatzung zunächst an eine in kriegerischer Absicht geführte Attacke. Alles Weitere hing einzig und allein von der Entscheidung des Kommandanten ab. Dass Nikolai Schumkow sich nicht zum Beschuss des vermeintlichen Angreifers hinreißen ließ, sondern einen beschleunigten Tauchgang befahl, rettete die Situation – und mit ihr auch die Krisenstäbe in Moskau und Washington, die von alledem nicht die mindeste Vorstellung hatten.<sup>18</sup>

Mag das Risiko der unbeabsichtigten Eskalation aufgrund dieses Zwischenfalls und einer Vielzahl anderer Faktoren<sup>19</sup> während der Kubakrise besonders hoch gewesen sein, mit einer einmaligen Verknüpfung unvorhergesehener Umstände hat man es keineswegs zu tun. Auch andernorts

---

18 Siehe ebenda, S. 478–487.

19 Siehe ebenda, S. 471–473; James Blight et al. (Hg.), *Cuba on The Brink. Castro, the Missile Crisis and the Soviet Collapse*, New York 1993, sowie Greiner, *Kuba-Krise*.

wurden die Akteure wiederholt düpiert – sei es durch Geheimdienste, die auf eigene Rechnung zu operieren gewohnt waren und sich keine Restriktionen verordnen ließen,<sup>20</sup> sei es durch Untergebene, die Anordnungen falsch verstanden oder fehlerhaft umsetzten, sei es infolge technischen Versagens bei der Nachrichtenübermittlung oder schlicht deshalb, weil die Inflexibilität bürokratischer Routine dem Bemühen im Wege stand, auf ungewöhnliche Umstände mit ungewohnten Mitteln zu reagieren. Wohl auch deshalb schrieb Harry Truman 1948 in seinem Tagebuch von dem »schrecklichen Gefühl, dass wir kurz vor einem Krieg stehen«,<sup>21</sup> glaubte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Omar Bradley, während des Koreakrieges, dass »der Weltkrieg stündlich ausbrechen könnte«,<sup>22</sup> fragte sich Robert McNamara am Abend des 27. Oktober 1962, ob er jemals wieder einen Samstag erleben würde.<sup>23</sup> Wie noch in den letzten Jahren des Kalten Krieges deutlich wurde, konnten Überreaktionen auch durch zeittypische Fehlperzeptionen ausgelöst werden – abzulesen an Juri Andropows Vorkehrungen gegen einen atomaren Erstschlag der USA und der Nervosität, die auf sowjetischer Seite während der NATO-Übung »Able Archer« im Herbst 1983 um sich griff (Vojtech Mastny). Die nach wie vor geführte Kontroverse um das Eskalationspotential von »Able Archer« verweist auf ein grundsätzliches Desiderat der Forschung zu Krisen im Kalten Krieg: künftige Studien auch und gerade anhand der Fragestellung zu konzipieren, wie es zu unerwarteten und unerwünschten Verwerfungen hinter dem Rücken der Handelnden kommen konnte und welche Risiken damit verbunden waren.<sup>24</sup> Zu welchem Ergebnis derartige Arbeiten auch immer kommen mögen, ein Dementi des von Jeremi Suri gezogenen Fazits steht nicht zu erwarten: »Wir hatten Glück im Kalten Krieg.«

---

20 Ein mit Blick auf die CIA von Tim Weiner wiederholt angesprochenes Problem. Siehe Weiner, CIA, S. 156f., 164, 188–190, 210f.

21 Harry Truman, zit. n. Richard K. Betts, *Nuclear Blackmail and Nuclear Balance*, Washington, DC, 1987, S. 27.

22 Omar Bradley, zit. n. Cumings, *The Origins of the Korean War*, Bd. 2, S. 746.

23 Greiner, Kuba-Krise, S. 160.

24 Zu einer frühen Bestandsaufnahme siehe Derek Paul/Michael D. Intriligator/Paul Smoker (Hg.), *Accidental Nuclear War. Proceedings of the Eighteenth Pugwash Workshop on Nuclear Forces*, Canadian Papers in Peace Studies, Toronto 1990, sowie Scott Sagan, *The Limits of Safety: Organizations, Accidents, and Nuclear Weapons*, Princeton, NJ, 1993.

Jeremi Suri

## Logiken der atomaren Abschreckung oder Politik mit der Bombe

Als in den 1950er Jahren der Wettlauf um Atomwaffen mit immer größerer Reichweite und Zerstörungskraft eskalierte, warnte der Journalist I. F. Stone: »Atomkrieg bedeutet nationalen Selbstmord. Die größte Verblendung des Atomzeitalters ist die Vorstellung, Selbstmord könne ein Mittel der Verteidigung sein.« – »Dass anscheinend vernünftige, zurechnungsfähige Leute auf solche Vorstellungen gekommen sind, wird künftige Historiker erstaunen, wenn es denn noch welche geben wird.« – »Es ziehen sich Kriegswolken zusammen, die das Ende unserer Gattung bedeuten könnten. Russen und Amerikaner gleichen zwei riesigen Herden, die sich auf einen möglichen Zusammenstoß hin bewegen, aber zu dicht gedrängt sind, um ihr Schicksal noch abwenden zu können. Nichts prägt die Weltlage so sehr wie die Ohnmacht der Menschheit im Angesicht der näher rückenden Krise.«<sup>1</sup>

Stones Kassandrarufe erfassen die verdrehte Logik der nuklearen Abschreckung und des Krisenmanagements während des Kalten Krieges. Die Regierungen der größten Staaten versuchten die nukleare Katastrophe abzuwenden, indem sie das Szenario eines neuen Weltkrieges immer furchterregender machten. Um an den gefährlichsten Krisenherden – insbesondere Berlin, der Straße von Taiwan, Kuba und dem Nahen Osten – Konfliktbegrenzung und Kompromisslösungen zu erreichen, wurde die gesamte Menschheit als Geisel genommen und der Drohung eines entfesselten Konflikts zwischen den mächtigsten Staaten ausgesetzt, der die gesamte menschliche Zivilisation hätte auslöschen können. Es lag in der Logik dieser Strategie, ein Denken in den Kategorien von alles oder nichts zu befördern – Stabilisierung des geopolitischen Status quo oder totale Zerstörung durch einen Feuersturm biblischen Ausmaßes; ein unvollkommener »dauerhafter Friede« oder eine nuklear verstrahlte Landschaft, in der »die Überlebenden die Toten beneiden«.<sup>2</sup>

---

1 I. F. Stone, National Suicide as a Form of Defense, *I. F. Stone's Weekly*, 28. 11. 1955; ders., Words to be Engraved on a New Rosetta Stone, *I. F. Stone's Weekly*, 21. 6. 1961, nachgedruckt in: ders., *The Haunted Fifties*, New York 1963, S. 119–123, 378–380.

2 Vgl. John Lewis Gaddis, *The Long Peace: Inquiries into the History of the Cold*

Doch so pervers dieses Krisenmanagement durch nukleare Abschreckung auch anmutete, es funktionierte während des Kalten Krieges. Mehr als einmal machten die Regierungen der USA, der Sowjetunion und später auch der Volksrepublik China an der Schwelle zum Konflikt halt und suchten den Kompromiss. Es war ihnen bewusst, dass weitere Angriffe auf die Interessen des Gegners unwiderrufliche Konsequenzen haben würden und es in den zentralen Konfliktregionen des Kalten Krieges einen »Sieg« nicht geben konnte. Diese hemmende Wirkung der atomaren Drohung hatte der sowjetische Regierungschef Nikita Chruschtschow verstanden, als er nach der Kubakrise an den US-Präsidenten John F. Kennedy appellierte, mit ihm zusammen den »Knoten« des drohenden Atomkrieges zu lösen.<sup>3</sup> »Wir leben in einer Zeit«, schrieb er an Kennedy, »in der es wichtig ist, gemeinsam Fortschritte in den internationalen Beziehungen zu erreichen. Es scheint mir von größter Wichtigkeit, dass es greifbare Ergebnisse gibt und dass wir einen wirklichen Fortschritt machen – hin zu einer Entspannung der Lage, die uns die Aussicht eröffnen würde, andere drängende Probleme und Fragen zu lösen.«<sup>4</sup> Jener Moment während des Kalten Krieges, in dem die nukleare Bedrohung am stärksten war, bewegte die Staatsführer, die sich im Besitz der »absoluten Waffe« befanden, zu ihren ernsthaftesten Bemühungen um ein Arrangement.<sup>5</sup>

Doch diese Bemühungen trugen nie Früchte. Wenigstens teilweise hatte dies in den Nuklearwaffen selbst seinen Grund. Denn so sehr sie es ratsam erscheinen ließen, einen Krieg zu vermeiden, so sehr beförderten

---

War, New York 1987, S. 215–245; Herman Kahn, *On Thermonuclear War*, Princeton 1960, S. 40–116.

3 Undatiertes Schreiben von Nikita Chruschtschow an John F. Kennedy (November 1962); Chruschtschow an Kennedy, 14. November 1962; Chruschtschow an Kennedy, 14. Dezember 1962, *Foreign Relations of the United States [FRUS] 1961–1963 VI*, S. 208, 212, 230. Im Internet verfügbar unter [http://www.state.gov/www/about\\_state/history/volume\\_vi/volumevi.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/volume_vi/volumevi.html) (20. 9. 2007).

4 Chruschtschow an Kennedy, 27. Juli 1963, ebenda, S. 301–302.

5 Die Bezeichnung »absolute Waffe« stammt von Bernard Brodie, *War in the Atomic Age*, in: ders. (Hg.), *The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order*, New York 1946, S. 21–69. Vgl. außerdem Aleksandr Fursenko/Timothy Naftali, »One Hell of a Gamble«: *The Secret History of the Cuban Missile Crisis*, New York 1997, S. 323–334; John Lewis Gaddis, *We Now Know: Rethinking Cold War History*, Oxford 1997, S. 278–280; Marc Trachtenberg, *A Constructed Peace: The Making of the European Settlement, 1945–1963*, Princeton 1999, S. 379–402; Anders Stephanson, *The United States*, in: David Reynolds (Hg.), *The Origins of the Cold War in Europe: International Perspectives*, New Haven, CT, 1994, S. 23–51.



sie zugleich die Fortsetzung des Konflikts. McGeorge Bundy, Kennedys Sonderberater für nationale Sicherheit, erfasste dieses Paradoxon, als er meinte, Nuklearwaffen seien »das mächtigste Statussymbol, seitdem afrikanische Kolonien außer Mode geraten sind«. <sup>6</sup> Die mächtigen Staaten mit globalen Ambitionen – insbesondere die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion – beabsichtigten zwar keinen Einsatz dieser Waffen, aber ihre Stationierung eignete sich zur Demonstration von Macht. Nukleare Sprengköpfe, Raketen und andere Trägersysteme wurden zur Währung, in der man die Stärke eines Staates berechnete, zum Maßstab seiner Fähigkeit, die eigene Sicherheit und die seiner Verbündeten zu gewährleisten. Entsprechend zentral war die Stationierung von Nuklearwaffen für die Politik der NATO und des Warschauer Paktes, den zwei wichtigsten Staatenbündnissen nach 1945. Um Drohungen auszusenden und Entspannung zu signalisieren, waren Nuklearwaffen für die Diplomatie des Kalten Krieges von grundlegender Bedeutung. <sup>7</sup>

So befassten sich auch zahlreiche internationale »Strategieexperten« mit der Frage, wie man Nuklearwaffen im nationalen Interesse am effektivsten verwenden könne, ohne die Schwelle zur Katastrophe zu überschreiten. Von diesem Problem wurden Mitarbeiter der RAND Corporation wie Bernard Brodie, Albert Wohlstetter, Thomas Schelling und Henry Kissinger ebenso umgetrieben wie diverse amerikanische Universitäten und zahlreiche staatlich finanzierte Organisationen. Der spätere Nobelpreisträger Schelling fasste die gängige Meinung dieser neuen »Berufsgruppe« zusammen, wonach der internationale Konflikt tatsächlich eine Sache von Verhandlungen war: »Die Macht, den Gegner zu verletzen, ist nichts Neues in der Kriegführung. Doch die moderne Technologie hat die strategische Bedeutung reiner, nicht auf Eroberung abzielender Zerstörung und Verletzung drastisch gesteigert, als Bedrohung der Vereinigten Staaten wie auch für unsere Verteidigung. Dies hat wiederum zur Folge, dass Krieg und Kriegsdrohung als Mittel der Einflussnahme, nicht der Zerstörung, an Bedeutung gewinnen. Sie dienen weniger der Eroberung und Verteidigung, als vielmehr der Abschreckung und Einschüchterung, der Einflussnahme und Verhandlung.« <sup>8</sup>

6 McGeorge Bundy an Kennedy, 7. Mai 1962, Folder: France, Security 1962, Box 116a, President's Office File, John F. Kennedy Presidential Library, Boston, MA.

7 Vgl. Robert Jervis, *The Meaning of the Nuclear Revolution: Statecraft and the Prospect of Armageddon*, Ithaca, NY, 1989; John Lewis Gaddis u.a. (Hg.), *Cold War Statesmen Confront the Bomb: Nuclear Diplomacy since 1945*, Oxford 1999.

8 Thomas Schelling, *Arms and Influence*, New Haven, CT, 1966, S. 3f. Vgl. auch ders., *The Strategy of Conflict*, Cambridge, MA, 1960.

Nuklearwaffen wurden demnach also zur Schau gestellt, um politische Verpflichtungen, Entschlossenheit und Macht zu betonen. Die Entscheidung über ihre Stationierung erhöhte oder verringerte Risiken und beeinflusste so den Gegner. Es handelte sich um Trumpfkarten, die man zum geeigneten Zeitpunkt vorzeigte, ohne sie zu spielen, um das Vertrauen der Verbündeten zu stärken und den Gegner einzuschüchtern. In Übereinstimmung mit Schelling und anderen Strategieexperten forderte Kissinger in seinem 1957 veröffentlichten Bestseller »Nuklearwaffen und auswärtige Politik« sogar, man solle vielleicht sogar einen begrenzten Krieg mit kleineren atomaren Sprengköpfen führen, um »den gegnerischen Willen zu *beeinflussen*, nicht ihn zu *brechen*, die Bedingungen, die man auferlegen will, so zu gestalten, dass ihre Annahme dem fortgesetzten Widerstand vorzuziehen ist, und bestimmte Ziele, nicht aber die vollständige Vernichtung des Feindes, zu erreichen.«.<sup>9</sup> Während Nuklearwaffen einen entfesselten Krieg undenkbar machten, waren sie vor allem für die USA und die Sowjetunion ein unverzichtbares Drohmittel, um nationale Ziele zu verfolgen. Kissinger und andere Experten argumentierten, dass man sich mit einem Verzicht auf die nukleare Drohung jeglicher Möglichkeit berauben würde, die geopolitische Situation zu verändern. Als höchste militärische Potenz, über die ein Staat verfügen konnte, waren Nuklearwaffen ein notwendiges Mittel der Diplomatie im Kalten Krieg.<sup>10</sup>

Diese Überlegungen zum Nutzen nuklearer Machtdemonstration erklären auch, wie Vorsicht und Waghalsigkeit, die Vermeidung von Kriegen und die Provokation von Krisen in den Jahren nach 1945 miteinander einhergingen. Nuklearwaffen wirkten als Abschreckung vor einem dritten Weltkrieg, aber im Rahmen des Kalten Krieges förderten sie zugleich begrenzte Konflikte. Wenn ein Staat mit Gewalt auf die Schachzüge eines anderen Staates reagierte, drohten solche begrenzten Konflikte

---

9 Henry A. Kissinger, *Kernwaffen und auswärtige Politik*, München/Wien 1974, S. 119; Hervorhebung im Original.

10 Vgl. Henry A. Kissinger, *Military Policy and Defense of the »Grey Areas«*, in: *Foreign Affairs* 33 (1955) 3, S. 416–428; ders., Memorandum für Arthur Schlesinger, Jr., 8. Dezember 1954, Folder: Kissinger, Henry A., 1954–57, Box 39, Hamilton Fish Armstrong Papers, Seeley Mudd Manuscript Library, Princeton, New Jersey (im Folgenden Armstrong Papers). Schelling und andere Strategieexperten stimmten nicht mit allen Vorschlägen Kissingers überein, insbesondere in der Frage eines begrenzten nuklearen Krieges. Zu den strategischen Vorstellungen Kissingers und seinem Verhältnis zu anderen Experten, vor allem Schelling und Brodie, vgl. Bruce Kuklick, *Blind Oracles: Intellectuals and War from Kennan to Kissinger*, Princeton, NJ, 2006, sowie Kapitel 4 in Jeremi Suri, *Henry Kissinger and the American Century*, Cambridge, MA, 2007.

jedoch häufig unwillentlich zu einem regelrechten Krieg zu eskalieren. Die Grenze zwischen einer »sicheren« nuklearen Machtdemonstration und riskanten Schritten zu einem tatsächlichen Krieg war daher oftmals durchlässiger, als die Befürworter der nuklearen Abschreckung glauben machen wollten. Allen Hemmungen zum Trotz, die Katastrophe zu entfesseln, war die nukleare Eskalation eine ständige Bedrohung. Indem sie versuchten, sich in diesem Kontext einen Vorteil zu verschaffen, steuerten die mächtigsten Staaten im Kalten Krieg, wie I. F. Stone meinte, beständig »auf einen möglichen Zusammenstoß« zu.

Der vorliegende Beitrag untersucht die Dynamik der nuklearen Abschreckung und die damit verbundenen Risiken. Er zeigt, wie die Kriegsgefahr zunahm, es den mächtigsten Staaten jedoch gelang, die Katastrophe abzuwenden. Das Überleben der Menschheit und das Ende des Kalten Krieges waren keine zwangsläufigen Resultate der atomaren Abschreckung. Auch die bestehenden politischen Institutionen und die überlieferten Ideologien boten keine Gewähr für den glücklichen Ausgang.<sup>11</sup> Es waren vielmehr Menschen, denen es entgegen dem Pessimismus Stones gelang, »ihr Schicksal doch noch abzuwenden«: In entscheidenden Momenten agierten die Regierungen zurückhaltend und vernünftig. Wir hatten Glück im Kalten Krieg. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird, sollten Atomwaffen weiterhin ein bedeutendes Mittel der Diplomatie sein.

## Grenzziehungen

Konflikt und Stabilität im Kalten Krieg waren wesentlich durch Nuklearwaffen bestimmt. Zehn Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki drohten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion damit, ihre beständig wachsenden Atomwaffenarsenale einzusetzen, sollte es in den umkämpftesten geopolitischen Zonen zu einer feindlichen Aggression kommen. In den politischen Führungskreisen Washingtons wurde dies als Doktrin der »massiven Vergeltung« bezeichnet. In anderer Diktion ließ auch die sowjetische Führung keinen Zweifel daran, dass sie ihre Sprengköpfe einsetzen würde, wenn ihre Sicherheit in strategisch zentralen Regionen gefährdet werden sollte. Das atomare Gleichgewicht bedeutete somit, dass sich die Supermächte in Schach hielten und gegenseitig Vernichtung androhten. Sie zogen klare Grenzlinien um ihre

---

11 Dieser Gedanke wird sehr eindringlich von John Lewis Gaddis vertreten, vgl. *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2007.

Machtbereiche und drohten dem Feind mit seiner Auslöschung, wenn er sie überschreiten sollte.

Am deutlichsten zeigte sich dieses Phänomen natürlich in Berlin. Keine der vier Besatzungsmächte beabsichtigte, die frühere Hauptstadt Deutschlands dauerhaft zu teilen. Da die Stadt in der sowjetisch kontrollierten Zone lag, schien es angesichts der Spannungen des Kalten Krieges schwer vorstellbar, wie die westlichen Sektoren Berlins versorgt und geschützt werden sollten. West-Berlin war derart verwundbar, dass Chruschtschow die Stadt später einmal als »Hoden« des Westens bezeichnete, den man nur quetschen müsse, damit der Westen schrie.<sup>12</sup> Doch auf die wiederholten Versuche der Sowjetunion, diese Insel des amerikanischen Einflusses inmitten des Ostblocks unter ihre Kontrolle zu bringen und von den Westzonen abzuschneiden, reagierten die USA mit der Androhung von Nuklearschlägen. So verlegten sie in Reaktion auf Stalins Berlin-Blockade 1948/49 Bomber nach Großbritannien, die mit Atomsprengeköpfen bestückt werden konnten, und machten deutlich, dass ein sowjetischer Einmarsch in West-Berlin einen atomaren Vergeltungsschlag nach sich ziehen könnte. Dieses Konfliktmuster wiederholte sich zwischen 1958 und 1962. Als Chruschtschow ankündigte, Berlin der Autorität einer ostdeutschen Regierung zu unterstellen, die die Ansprüche der USA nicht anerkennen würde, drohten die US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower und John F. Kennedy ebenfalls explizit mit atomarer Vergeltung. Dies bewegte den Kreml schließlich im August 1961 zu der Einschätzung, dass es zu gefährlich wäre, seinen Anspruch auf West-Berlin weiterhin geltend zu machen. Anstatt weiter Druck auf den Westen auszuüben und damit einen Atomkrieg zu riskieren, entschied sich die sowjetische Führung für den Bau der Mauer – ein Symbol für die Permanenz des Status quo. Angesichts der umfangreichen Atomwaffenarsenale, die jederzeit für einen heißen Konflikt in Mitteleuropa bereitstanden, kamen Kennedy und Chruschtschow überein: »Eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg.«<sup>13</sup>

Dass die USA ihre Autorität über West-Berlin behaupten konnten, obwohl sie in Europa auf der Ebene konventioneller Streitkräfte unterlegen

---

12 Chruschtschow zit. n. Gaddis, *We Now Know*, S. 140.

13 Kennedy zit. n. Michael Beschloss, *Powergame. Kennedy und Chruschtschow. Die Krisenjahre 1960–1963*, Düsseldorf u. a. 1991, S. 281. Vgl. auch Trachtenberg, *Constructed Peace*, S. 66–94, 251–402; Hope M. Harrison, *Driving the Soviets Up the Wall: Soviet-East German Relations, 1953–1961*, Princeton, NJ, 2003, S. 96–223; Lawrence Freedman, *Kennedy's Wars: Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam*, New York 2000, S. 72–78; Alexandra Richie, *Faust's Metropolis: A History of Berlin*, New York 1998, S. 718–725.

waren, verdankten sie ihren Atomwaffen. Ein sowjetischer Angriff auf diese exponierte Stellung der USA hätte einen nuklearen Konflikt entfesselt, den Moskau zu vermeiden suchte. Das erlaubte es der amerikanischen Regierung, eine entschlossene Politik in West-Berlin zu betreiben. Die Stadt war, wie Kennedy unterstrich, ein geschützter Vorposten westlicher Freiheit und wurde zum Magneten für unzufriedene Bürger des Ostblocks aufgebaut. Darüber hinaus war West-Berlin Teil einer umfassenderen Containment-Strategie der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten. Die Entschlossenheit der USA, jede sowjetische Expansion in Europa mit einem Atomschlag zu beantworten, wurde 1949 mit der Gründung der NATO gleichsam institutionalisiert. Mit dieser Drohung stellte die NATO sicher, dass ihr Gegner östlich des Eisernen Vorhangs bleiben würde. Der sowjetischen Führung war bewusst, dass sie mit einem Angriff auf die verwundbaren Regionen Europas einen »Stolperdraht« auslösen würde, der Atombomber und ab den späten 1950er Jahren auch Nuklearraketen in Marsch setzen würde.<sup>14</sup>

Dieser »Stolperdraht« funktionierte natürlich auch umgekehrt: Die US-Regierung wusste, dass sie mit einer massiven, möglicherweise nuklearen Reaktion rechnen musste, wenn sie einen Einmarsch in sowjetisch kontrolliertes Gebiet unterstützen würde. Als Kennedy den Bau der Berliner Mauer im August 1961 offenkundig erleichtert zur Kenntnis nahm, erkannte er genau diese Tatsache an. Eine klare und dauerhafte Grenze zwischen Ost und West verringerte die Wahrscheinlichkeit, dass eine der beiden Seiten lokale Kampfhandlungen beginnen würde, die eine erheblich gefährlichere Konfrontation nach sich ziehen könnten.

Die gleiche Haltung herrschte im Weißen Haus vor, als Ende Oktober 1962 die Kubakrise vorüber war. Aus Angst vor einem Atomkrieg mit den USA hatte Chruschtschow eingelenkt und die sowjetischen Raketen von der Karibikinsel abgezogen. Ebenso hatte Kennedy während der Krise die Forderung zurückgewiesen, Kuba anzugreifen, da er die sowjetische Reaktion fürchtete. Damit sich Moskau auch in Zukunft zurückhalten würde, ging Kennedy sogar so weit, einen Verzicht auf jegliche Invasion in Kuba zuzusichern. So mussten angesichts der Gefahr eines Atomkriegs die amerikanische wie die sowjetische Regierung von Plänen Abstand nehmen, die geopolitische Landkarte zu verändern. Die Atomwaffen erzwangen einen unbefriedigenden, aber stabilen Status quo mit

---

14 Vgl. Trachtenberg, *Constructed Peace*, S. 95–145; John Lewis Gaddis, *Strategies of Containment: A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*, New York 1982, S. 127–197.

einem klaren Grenzverlauf zwischen den Einflussbereichen der zwei Supermächte.<sup>15</sup>

Diese nuklear erzwungene Stabilität galt manchem als Schutz des Friedens, doch bei näherer Betrachtung erwies sich dieser Frieden als höchst fragil. Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion sowie ihre engsten Verbündeten waren aufgrund ihrer nuklearen Kapazitäten geopolitische Verpflichtungen eingegangen, die weit über das hinausgingen, was sie mit ihrer konventionellen militärischen Macht hätten leisten können. Ohne Atomwaffen hätte Washington ebenso wenig West-Berlin halten können wie die Sowjetunion in der Lage gewesen wäre, Kuba zu verteidigen. Beide Supermächte nutzten ihr nukleares Drohpotential, um gleichsam eine Gewichtsklasse aufzusteigen und über eine defensive Haltung hinaus strategische Ansprüche zu formulieren, die ihr Prestige steigerten und ihre Ressourcen strapazierten. Denn warum riskierten die Vereinigten Staaten einen Atomkrieg, nur um eine halbe Stadt zu beschützen, die tief in sowjetisch beherrschtem Gebiet lag? Warum sonst löste die Sowjetunion die gefährlichste Krise des Kalten Krieges aus, nur um ein kommunistisches Regime auf einer winzigen Karibikinsel zu verteidigen? Washington und Moskau verfolgten diese bis dato unbekannte Politik, weil Atomwaffen ihnen diese riskante Machtausdehnung erlaubten. Auf diese Weise verhärtete die atomare Rüstung die Positionen im Kalten Krieg, schuf beständig neue Konflikte und erhöhte insgesamt die Gefahr einer Katastrophe. Ohne die durch die Nuklearwaffen gesteigerten Machtansprüche der USA und der Sowjetunion hätte es weder eine Berlinkrise noch eine Kubakrise gegeben. Dass diese Krisen friedlich gelöst wurden, ändert nichts an der Tatsache, dass sie wenigstens teilweise eine Folge der atomaren Bewaffnung waren. Das atomare Gleichgewicht erhöhte in beiden Fällen das Risiko eines Krieges, so wie es Kennedy und Chruschtschow, als sie in den Abgrund eines entfesselten Krieges blickten, schließlich doch zur Mäßigung bewog.

Der Annahme, dass die Ereignisse zwangsläufig diesen Verlauf nehmen mussten, sollten Wissenschaftler mit Vorsicht und Skepsis begegnen.<sup>16</sup> Keine der beiden Supermächte zog es während der Berlin- oder der Kubakrise ernsthaft in Betracht, einen Atomkrieg zu beginnen – ebenso wenig

---

15 Vgl. Kapitel 1 in Jeremi Suri, *Power and Protest: Global Revolution and the Rise of Détente*, Cambridge, MA, 2003.

16 Kenneth Waltz' Argument, Nuklearwaffen hätten mehr rationales Handeln bewirkt, kann ich in dieser Hinsicht nicht folgen. Vgl. Kenneth Waltz, *The Spread of Nuclear Weapons: More May Be Better*, Adelphi Papers, Institute of Strategic Studies, London 1981.